



Endgültiger Konferenzbericht

INHALT

Seite

Einleitung	1
Tagungsverlauf.....	1
Eröffnungssitzung	1
Sitzung 1 – Die Lage von Umwelt und Gesundheit in Europa – eine Einschätzung	1
Sitzung 2 – Umsetzung der in der Erklärung von London enthaltenen Verpflichtungen – Bisher Erreichtes. Ein Schaukasten guter Beispiele.....	3
Möglichkeiten und Herausforderungen für sektorübergreifende Zusammenarbeit	3
Bedeutung des Handelns auf teilnationaler Ebene	3
Nutzung von Informations- und Kommunikationsstrategien.....	4
Mittel für nachhaltigen und gesundheitsverträglichen Verkehr	4
Sitzung 3 – Einfluss und Zukunft des Prozesses Umwelt und Gesundheit in Europa	5
Alán-Pintér-Preis	6
Sitzung 4 – Wohnen und Gesundheit	7
Sitzung 5 – Instrumente für die Politik – Auf dem Weg zu einem Informationssystem als Entscheidungshilfe für Umwelt- und Gesundheitsfragen in Europa	7
Sitzung 6 – Instrumente für die Politik – Mit der Ungewissheit umgehen: Kann das Vorsorgeprinzip die Zukunft unserer Kinder schützen helfen?	8
Programmatische Ansprache durch Frau Margot Wallström.....	10
Sitzung 7 – Aktionsplan zur Verbesserung von Umwelt und Gesundheit der Kinder in der Europäischen Region der WHO.....	10
Sitzung 8 – Sonderveranstaltung mit Ministern und Bürgergruppenvertretern über die Umsetzung von Gesundheits- und Umweltpolitik: Wirksame Konzepte, praktische Instrumente und funktionierende Partnerschaften zum Schutz der Gesundheit unserer Kinder.....	11
Medienpreise	13
Sitzung 9 – Extremes Wetter und Gesundheit	14
Programmatische Ansprache durch Herrn Pavel Telička	16
Sitzung 10 – Konferenzklärung	17
Sitzung 11 – Annahme und Unterzeichnung von CEHAPE und Konferenzklärung.....	18
Anhang 1 Konferenzprogramm.....	20

Einleitung

Die Vierte Ministerielle Konferenz Umwelt und Gesundheit ist die jüngste eines Reigens, der 1989 in Frankfurt mit dem Thema Politikformulierung eröffnet und 1994 in Helsinki mit dem Thema Planung und 1999 in London mit dem Thema partnerschaftliches Handeln fortgeführt wurde. Die vierte Konferenz stand unter dem Motto „Die Zukunft unseren Kindern“.

Insgesamt nahmen 1169 Teilnehmer an der Konferenz teil, darunter 38 Gesundheits- und Umweltminister aus den 50 vertretenen Mitgliedstaaten der Europäischen Region der WHO, Vertreter von 11 internationalen Organisationen (u. a. Organisationen der Vereinten Nationen), Vertreter von 4 Mitgliedstaaten anderer WHO-Regionen (Argentinien, Brasilien, Kanada und Vereinigte Staaten von Amerika), eine Delegation des Healthy Planet Forums¹, Vertreter von 10 Bürgergruppen und 138 Beobachter.

Die Konferenz wählte als Tagungsleiter den ungarischen Minister für Gesundheit, Soziales und Familie, Dr. Mihály Kókényi, und den ungarischen Minister für Umwelt und Wasser, Dr. Miklós Persányi. Ihre Stellvertreter waren die Staatssekretärin des Ministeriums für Gesundheit, Soziales und Familie, Frau Zsuzsanna Jakab, und der Staatssekretär des Ministeriums für Umwelt und Wasser, Herr István Ory. Frau Siobhan McEvoy (Irland) und Frau Susan Potting (Niederlande) wurden als Berichterstatterinnen gewählt. Das Programm der Konferenz ist in Anhang 1 wiedergegeben.

Tagungsverlauf

Eröffnungssitzung

Die Vorsitzende der ungarischen Nationalversammlung, Dr. Katalin Szili, eröffnete offiziell die Konferenz am Ende ihres Beitrags zur Eröffnungszeremonie. Anschließend hielten WHO-Generaldirektor, Dr. Lee, der ungarische Minister für Gesundheit, Soziales und Familie, Dr. Kókényi, der ungarische Minister für Umwelt und Wasser, Dr. Persányi, und der WHO-Regionaldirektor für Europa, Dr. Danzon, kurze Ansprachen. Dr. Danzon saß der Wahl der Leitungen für alle Teilsitzungen vor. Die Eröffnungszeremonie wurde durch eine traditionelle Tanz- und Gesangsaufführung ungarischer Roma abgerundet.

Sitzung 1 – Die Lage von Umwelt und Gesundheit in Europa – eine Einschätzung

Die stellvertretende Leitung dieser Sitzung lag bei Frau Marion Caspers-Merk, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Deutschland, bei Frau Liisa Hyssälä, Ministerin für Soziales und Gesundheit, Finnland, und bei Herrn Alun Michael, Minister für ländliche Angelegenheiten und örtliche Umweltqualität, Vereinigtes Königreich.

Professor Giorgio Tamburlini, Wissenschaftlicher Leiter des Burlo-Garofolo-Instituts für Kinder-
gesundheit, Trieste, Italien, führte in das Thema ein. Der Hauptredner war Herr Patrice Robineau,

¹ Das Health Planet Forum war eine viertägige Veranstaltung für Bürgergruppen und andere Organisationen aus ganz Europa, die parallel zur Ministeriellen Konferenz in Budapest stattfand.

amtierender stellvertretender Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE).

In seiner Einführung skizzierte Professor Tamburlini kurz den aktuellen Wissensstand bezüglich der Kausalverbindungen zwischen umweltbedingten Risikofaktoren und der Gesundheit von Kindern. Er stellte die umfassenden Effekte dieser Risikofaktoren auf die Gesundheit der Kinder dar und erklärte Methodik und Ergebnisse einer WHO-Untersuchung zur Konferenz über die umweltbedingte Krankheitslast vor. Sie habe deutlich gezeigt, warum Umwelt und Gesundheit von Kindern besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse. Professor Tamburlini nannte auch noch bestehende Wissenslücken und empfahl mehr Forschung zu deren Schließung neben weiteren Maßnahmen zur Förderung einer sichereren und gesünderen Umwelt durch eine wirksame Politikgestaltung.

Hauptredner Robineau beschäftigte sich mit den Herausforderungen im Bereich Umwelt und Gesundheit. Er erkannte an, dass es in jüngerer Zeit ein zunehmendes Bewusstsein für Umwelt und Gesundheit gebe, sagte jedoch, dass noch mehr getan werden müsse, um eine weitere Umsetzung der notwendigen Maßnahmen zu ermöglichen. Herr Robineau erklärte, dass dank der Zusammenarbeit zwischen WHO und UNECE auf regionaler Ebene ein signifikanter integrierter Ansatz bereits angenommen worden sei. Das habe den Gesundheits- und Umweltministerien den Weg zur Zusammenarbeit geöffnet. Als Paradebeispiel nannte Herr Robineau die sektorübergreifende Zusammenarbeit, die in den Ländern im Umbruch umweltbezogene Leistungsüberprüfungen ermöglicht habe. Diese hätten gezeigt, dass die schlechtesten Gesundheitszustände im Kaukasus und in Ostasien anzutreffen seien. Die Überprüfungen hätten zu Empfehlungen geführt, die vor ihrer Annahme von der UNECE mit dem jeweiligen Land erörtert wurden. Die wichtigste Herausforderung – die Sicherung ihrer Umsetzung – bestehe immer noch. Eine Stärke von UNECE sei auch internationale Rechtsgestaltung, wie sich u. a. am Protokoll über Wasser und Gesundheit (das vor In-Kraft-Treten aber noch ratifiziert werde müsse), am Protokoll über die strategische Umweltverträglichkeitsprüfung (Unterzeichnung in Kiew 2003) und am Paneuropäischen Programm Verkehr, Gesundheit und Umwelt (THE PEP) erweise. Er schloss, dass die Zusammenarbeit zwischen UNECE und WHO weit über rechtliche Instrumente hinausreiche und dass innerhalb beider Politikprozesse – Umwelt für Europa und Umwelt und Gesundheit – weiter für eine gesündere Umwelt in der Region gearbeitet würde.

In dieser Sitzung kamen neun Beiträge aus dem Saal: sechs von Ministern, zwei von anderen Ländervertretern und einer von einer nichtstaatlichen Organisation (NGO): von Irland im Namen der Europäischen Union, von Bulgarien, Österreich, Portugal, der Türkei, Ungarn, dem Vereinigten Königreich und Weißrussland sowie von der European Public Health Alliance. Die wichtigsten angesprochenen Punkte betrafen die Gesundheitssituation in der Europäischen Region aufgrund der Umwelt und den Fortschritt bei der Umsetzung der Verpflichtungen der dritten ministeriellen Konferenz Umwelt und Gesundheit, die 1999 in London stattgefunden hatte. Es wurde auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass der Prozess Umwelt und Gesundheit in Europa über die Budapester Konferenz hinausgehen müsse, um zur Verbesserung der Lage von Umwelt und Gesundheit in Europa beitragen zu können. Dieser dynamische Prozess benötige fortlaufende Beobachtung und Auswertung, da er negative wie positive Auswirkungen haben könne. Eine weitere wichtige Botschaft war die, dass die Erarbeitung und Umsetzung nationaler Strategien für Umwelt und Gesundheit ein Mittel zur Erreichung der entsprechenden politischen Entschlossenheit gewesen sei. Die Verpflichtungen von London, z. B. im Bereich Wasser und Gesundheit, Verkehr, Umwelt und Gesundheit, hätten durch ihre Umsetzung Verbesserungen stimuliert. Einige Länder, z. B. Bulgarien und Portugal, legten das Schwergewicht ihrer Beiträge auf das

Thema Wasser und Gesundheit sowie auf die Erarbeitung und das Fortschreiten ihrer Aktionspläne. Hierauf bezog sich auch die Türkei.

Sitzung 2 – Umsetzung der in der Erklärung von London enthaltenen Verpflichtungen – Bisher Erreichtes. Ein Schaukasten guter Beispiele

Diese Sitzung wurde als Podiumsgespräch organisiert. Sie wurde von Prof. Thomas Zeltner, Leiter des schweizerischen Bundesamts für Gesundheit, geleitet. Auf dem Podium saßen auch Herr Zall Lomtadze, stellvertretender Minister für Umwelt und Schutz der natürlichen Ressourcen, Georgien, Herr Olavi Tammema, stellvertretender estnischer Umweltminister und Dr. Michael Vit, stellvertretender tschechischer Gesundheitsminister.

Die Diskussion wurde durch eine kurze Vorstellung des Prozesses Verkehr, Gesundheit und Umwelt von London bis Budapest eingeleitet, wobei besonders auf THE PEP abgehoben wurde, auf seine Ziele, vorrangigen Arbeitsbereiche und auf Herausforderungen und Möglichkeiten bei seiner künftigen Umsetzung. Diese Präsentation wurde von Frau Francesca Racioppi im Namen des gemeinsamen Sekretariats von WHO und UNECE für THE PEP gegeben.

Herr Franklin Apfel moderierte die Diskussion und forderte die Podiumsteilnehmer zur Reflexion über verschiedene Aspekte von Verkehr, Gesundheit und Umwelt auf. Die wichtigsten in der Diskussion genannten Punkte werden nachstehend genannt.

Möglichkeiten und Herausforderungen für sektorübergreifende Zusammenarbeit

- Konsens zwischen dem Verkehrs-, Gesundheits- und Umweltsektor über die Notwendigkeit zu handeln und über die zu ergreifenden Maßnahmen erleichtere die gegenseitige Zusammenarbeit. Im Bereich Straßenverkehrssicherheit sei z. B. beim Erlass von Vorschriften zu Geschwindigkeit, Alkohol am Steuer und risikoträchtigem Verhalten und bei der Durchsetzung solcher Sicherheitsvorschriften die Zusammenarbeit zwischen den maßgeblichen Behörden besonders dringend erforderlich und relativ einfach zu erzielen.
- Das Vorhandensein eines Regelwerks erleichtere die Mobilisierung von Geldern für Umsetzungsaktivitäten.
- Es sei erforderlich, das Bewusstsein über den Nutzen eines nachhaltigeren und gesundheitszuträglicheren Verkehrs zu erhöhen und auch die öffentliche Wahrnehmung vom Ausmaß der Probleme zu verbessern. Als ein Beispiel für unterschiedliche Reaktionsweisen der Öffentlichkeit nannte der tschechische stellvertretende Gesundheitsminister den Ausbruch einer Meningokokkeninfektion, der die Öffentlichkeit weitaus stärker alarmiert habe als die viel größere Gesundheitsbedrohung durch den Straßenverkehr. Da die Haltungen der Menschen schon sehr früh geprägt würden, sei außerdem die Rolle von Erziehung und bewusstseinsbildenden Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen besonders wichtig.

Die Bedeutung des Protokolls zur strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung als eines der vorhandenen Politikinstrumente zur Erleichterung sektorüberschreitender Zusammenarbeit und der Höherbewertung von Gesundheits- und Umweltüberlegungen in der Verkehrspolitik wurde besonders hervorgehoben.

Bedeutung des Handelns auf teilnationaler Ebene

- Ein größerer Zusammenhang müsse in den Beziehungen zwischen den Verkehrs-, Gesundheits- und Umweltsektoren auf nationaler und teilnationaler (z. B. regionaler und lokaler)

Ebene gesucht werden, da die Entwicklung der Verkehrspolitik auf teilnationaler Ebene aufgrund fehlender Koordinierung der verschiedenen Verwaltungsebenen auseinander laufen könne. Die internationale Zusammenarbeit könne bei der Unterstützung der Koordinierung eine wichtige Rolle spielen: Auf paneuropäischer Ebene liefere THE PEP einen Rahmen für das Zusammenbringen der drei Sektoren und für die Förderung einer engeren Zusammenarbeit zwischen ihnen.

- Die besondere Rolle des lokalen Planens für die Förderung eines nachhaltigeren Verkehrs wurde betont. Auf dieser Ebene würden schließlich die Entscheidungen über die Investitionen in die Infrastruktur für Radfahrer und Fußgänger getroffen und umgesetzt. In Estland würde zum Beispiel auf lokaler Ebene nach Möglichkeiten zur Entwicklung eines Radwegenetzes im Rahmen der Erneuerung des vorhandenen Straßennetzes gesucht.

Nutzung von Informations- und Kommunikationsstrategien

- Wirksame sektorübergreifende Zusammenarbeit hänge auch von der Verfügbarkeit verlässlicher Informationen und Daten ab. Zum Beispiel nehme die Zahl der PKW-Eigentümer in Georgien rasant zu und obwohl die Sterblichkeit durch Straßenverkehrsunfälle im Vergleich zu anderen Ländern noch gering sei, so müssten diese Daten mit Vorsicht interpretiert werden, da sie eher den geringen Motorisierungsgrad denn das Vorhandensein einer wirksamen Verkehrssicherheitspolitik widerspiegeln könnten. Das Vorhandensein verlässlicher Informationen und die Fähigkeit sie richtig zu interpretieren sei daher für das Erkennen neu auftauchender Themen und die Ausrichtung der politischen Maßnahmen, insbesondere unter sich schnell verändernden Bedingungen, sehr wichtig.
- Es sei nötig, die Kommunikation und den Informationsaustausch zwischen dem Gesundheitssektor und anderen maßgeblichen Sektoren zu verbessern sowie wirksamere Kommunikationsstrategien zu entwickeln, die sich an bestimmte Bevölkerungsgruppen wie junge Menschen und Entscheidungsträger richteten. Zum Beispiel wurde aus der Schweiz berichtet, dass es auf mittlerer Verwaltungsebene zwar Verständnis und Unterstützung für die notwendige Förderung von körperlicher Betätigung durch Wandern und Radfahren gebe, dass aber mehr getan werden müsse, um die Verwaltungsspitzen und leitenden Entscheidungsträger dazu zu bringen, sich dieses Thema anzunehmen und es stärker zu unterstützen und politisch voranzubringen.

Mittel für nachhaltigen und gesundheitsverträglichen Verkehr

- Als Sorgenthema wurde das Fehlen angemessener Mittel zur Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung genannt. Das komme zu einem großen Teil aus der Schwierigkeit die für eine nachhaltige Entwicklung erforderliche langfristige Vision und Verpflichtung mit dem Zeithorizont einer Politik zu vereinen, die oft von kurzfristiger Taktiererei und dem Erfordernis schneller Erfolge getrieben werde. Um das Problem zu überwinden, seien neue und stärkere Partnerschaften und Allianzen erforderlich.

Die Podiumsdiskussion wurde durch fünf Beiträge aus dem Saal bereichert. Drei kamen von Ministern, die übrigen von sonstigen Delegationsmitgliedern aus Deutschland, Finnland, Italien, der Tschechischen Republik und dem Vereinigten Königreich. Die Redner konzentrierten sich auf THE PEP und verschiedene nationale Aktionspläne, Strategien, Initiativen und Projekte zur Stärkung des Trends zu einem bewegungsförderlichen Verkehr (mit Fußgängern und Radfahrern). In diesem Zusammenhang bezog Finnland sich auf seine nationale Fußgängerstrategie. Italien hob die Wichtigkeit der Maßnahmen auf lokaler Ebene hervor wie die vom italienischen Umweltministerium geförderte Initiative nachhaltige Städte für Kinder. Das Vereinigte Königreich

betonte die Herausforderungen, die daran lägen mehr Fußgänger und Radfahrer zu gewinnen, und die Notwendigkeit einer stärkeren Konzentration auf Gesundheitsargumente und die Berücksichtigung der erzielten gesundheitlichen Verbesserungen. Deutschland informierte die Sitzungsteilnehmer über sein Aktionsprogramm für Umwelt und Gesundheit mit besonderem Akzent auf Kindern und Jugendlichen und ein entsprechendes Programm für Nordrhein-Westfalen. Die Tschechische Republik hob die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Sektoren hervor und nannte das Beispiel der Beteiligung des Gesundheitssektors an der Entwicklung der nationalen Umweltpolitik und zitierte den nationalen Aktionsplan Umwelt und Gesundheit (NEHAP) und das GFA-Rahmenkonzept als Beispiele für nützliche Rahmen, die sektorübergreifende Zusammenarbeit erleichterten.

Bei seiner Zusammenfassung der Schlussfolgerungen dieser Sitzung merkte Professor Zeltner die Wichtigkeit der sektorübergreifenden Zusammenarbeit an und hob hervor, dass in dieser Richtung immer mehr signifikante Fortschritte erzielt würden. Es sei noch weiterer Fortschritt in diesem Bereich möglich und es scheine ein starkes Bedürfnis zu bestehen, neu auftauchende Themen anzugehen, insbesondere die Gesundheit von Kindern betreffende Verkehrsthemen, und mehr Gelegenheiten für körperliche Betätigung durch Radfahren und Gehen zu schaffen.

Sitzung 3 – Einfluss und Zukunft des Prozesses Umwelt und Gesundheit in Europa

Diese Sitzung wurde stellvertretend gemeinsam von Dr. Louis Deguara, maltesischer Minister für Gesundheit, ältere Menschen und Gemeindefürsorge, und Herrn Hans Olav Syversen, Staatssekretär im norwegischen Ministerium für Kinder und Familien, geleitet.

Die Einführung machte Professor Sergei Furgal, Leiter der Abteilung für internationale Zusammenarbeit beim russischen Gesundheitsministerium, der Hauptbeitrag kam von Frau Genon Jensen, Direktorin der European Public Health Alliance.

Professor Furgal richtete sich an die Plenarsitzung im Namen des Vorsitzenden des Rates für Gesundheitskooperation der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und erläuterte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitsministerien dieser Länder und die jüngsten Entwicklungen und Entscheidungen des GUS-Rates.

Frau Jensen betonte, wie wichtig es sei die umweltbedingten Risikofaktoren für Kinder anzugehen und dass alle Anwesenden sich unverzüglich dazu politisch verpflichten müssten. Sie bezog sich auf Innenluftverschmutzung, besonders durch Tabakrauch, und auf Umweltverschmutzung durch Chemikalien. Die Verantwortung zum gemeinsamen Handeln läge nun bei den Regierungen und der Gesellschaft, betonte sie. Sie nannte verschiedene Ebenen von Zuständigkeit: Die erste sei die internationale Ebene, auf der die Mitgliedstaaten der Europäischen Region dafür Sorge zu tragen hätten, dass die während der ministeriellen Konferenz unterzeichneten Dokumente in reales Handeln umgesetzt würden. Die zweite Zuständigkeitsebene sei national: Die Mitgliedstaaten müssten sicherstellen, dass der Aktionsplan zur Verbesserung von Gesundheit und Umwelt der Kinder in der Europäischen Region der WHO (CEHAPE) in nationale Aktionspläne einfließe, damit Erkrankungen durch umweltbedingte Risikofaktoren reduziert würden. Die letzte Zuständigkeitsebene liege bei den NGO, die die Öffentlichkeit aufklären müssten. Frau Genon schloss ihre Rede mit einem Aufruf an die anwesenden Regierungsvertreter, Gesetze zu erlassen, die eine angemessene Umsetzung der von der Konferenz aufgestellten Verpflichtungen sicherten, und nicht zu resignieren, sondern die Herausforderung anzunehmen.

Sechs Beiträge kamen im Laufe dieser Sitzung hinzu: drei durch Minister und drei durch andere Delegationsmitglieder aus Armenien, Belgien, Bulgarien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Usbekistan. Zu den wichtigsten angesprochenen Punkten zählten die Notwendigkeit der Gewährleistung von Kontinuität im Prozess Umwelt und Gesundheit in Europa durch eine stärkere Betonung der Bevölkerungsgesundheit und durch eine zunehmende Beteiligung des Gesundheitssektors. Allgemein unterstützten die Stellungnahmen den Gedanken einer fünften ministeriellen Konferenz in der Europäischen Region und auch die Forderung nach einer Zwischenbilanztagung vor Ende 2007. Das neue Mandat des Europäischen Ausschusses für Umwelt und Gesundheit (EEHC) wurde ebenfalls unterstützt und die Notwendigkeit einer besseren Einbindung der Mitgliedstaaten in die Arbeit des EEHC durch die Ernennung nationaler Ansprechpartner und dadurch eine verstärkte Beziehung zu anderen internationalen Prozessen genannt. Die Wichtigkeit zusätzlicher finanzieller Mittel für den EEHC zur Sicherung seiner Effizienz wurde betont. Das WHO-Regionalkomitee für Europa wurde aufgefordert, Umwelt und Gesundheit zu einer Priorität für die Europäische Region zu machen. Es sei notwendig, klare Mechanismen für eine wirksamere Zuweisung humaner und finanzieller Ressourcen festzulegen. Ein weiterer wesentlicher Kommentar in dieser Sitzung betraf die Bedeutung der fortwährenden Bemühungen um die Umsetzung früherer Konferenzverpflichtungen, da diese die Fundamente der neuen, auf der gegenwärtigen Konferenz eingegangenen seien. Man müsse auch Gesundheit als Dimension in Initiativen einzubringen, die von ministeriellen Umweltkonferenzen ausgingen, wie z. B. die Umweltstrategie für Osteuropa, den Kaukasus und Zentralasien.

Alán-Pintér-Preis

Die Sitzung wurde mit einer kurzen Vorstellung des verstorbenen Alán Pintér und seiner Karriere eröffnet. Dr. Marc Danzon erläuterte, dass Dr. Pintér ein starker Befürworter des Prozesses Umwelt und Gesundheit gewesen sei und die Budapester Konferenz ursprünglich vorangetrieben und motiviert habe. Dr. Mihály Kökény und Dr. Corrado Clini vom italienischen Ministerium für Umwelt und Boden, ein enger persönlicher Freund Alán Pintérs, sagten einige Worte über ihn und erwähnten dabei die vom WHO-Regionalbüro für Europa und Ungarn zu vergebenden dreimonatigen Stipendien für fortgeschrittene Studien im Bereich von Umwelt und Gesundheit, die an Pintér und seine Arbeit erinnern sollten.

Frau Pintér und ihre Tochter überreichten den nachfolgend genannten Siegern die Preise.

- Dr. Erika Györfly aus Rumänien, die beim ungarischen Public-Health-Institut beschäftigt war. Sie beabsichtigte beim finnischen Institut für Arbeitsmedizin Vergleichsstudien über Lungenkrebsraten in Finnland und Ungarn durchzuführen, um die Rolle des Arbeitsplatzes bei der Krebsmorbidity zu bestimmen.
- Dr. Catarina Isabel Nunes Lourenço vom portugiesischen Gesundheitsministerium wollte an der Humboldt-Universität Berlin Wahrnehmung von und Verständigung über Umwelt- risiken für die Gesundheit studieren und anschließend Instrumente und Leitlinien für Praktiker im öffentlichen Gesundheitswesen entwickeln.
- Frau Zdenka Sharishska vom slovakischen Public-Health-Institut wollte ihre Studien der umweltbezogenen Gesundheitsverträglichkeitsprüfung am Institut für Umwelt- und Arbeitsmedizin in Sonowiec, Polen, weiter verfolgen und anschließend Leitlinien für die Einbeziehung dieser Gesundheitsverträglichkeitsprüfung in die Praxis der Gesundheitsdienste ihres Landes aufstellen.

Sitzung 4 – Wohnen und Gesundheit

Diese Sitzung leiteten stellvertretend gemeinsam Herr Luis Filipe Pereira, portugiesischer Gesundheitsminister, und Dr. Temirbek Akmatiev, kirgisischer Minister für Ökologie und Katastrophenschutz. Den Hauptredebeitrag lieferte Dr. Juozas Olekas vom litauischen Gesundheitsministerium. Frau Sascha Gabizon sprach im Namen des ECO-Forums.

Dr. Olekas Beitrag beschäftigte sich mit der Bedeutung des Wohnens und des Einflusses, den es auf die Gesundheit haben kann. Er sprach den Energieverbrauch in den Haushalten an und die überzähligen Sterbefälle in der Winterperiode aufgrund von Energieproblemen. Er betonte die Bedeutung gut geplanter Siedlungen und Städte und zeigte, wie sie die Lebensweisen von Kindern beeinflussten, besonders in Bezug auf Erholung und Verkehrsmittel. Verletzungen seien sowohl im Stadtumfeld als auch in den Häusern wichtige beträchtliche Faktoren. Dr. Olekas erwähnte auch gesellschaftliche Faktoren, die zu Gesundheit und Wohlergehen beitragen, und erklärte abschließend, dass Litauen die Gesundheit von Kindern betone, indem es 2004 zum Jahr des Kindes ausgerufen habe. Er kündigte auch ein Symposium zum Thema Wohnen und Gesundheit im September 2004 an, das die Aufmerksamkeit aufrecht erhalten solle.

Frau Sascha Gabizon stellte auf toxische Gefahren in Haushalten bzw. in Verbindung mit dem Leben in Haushalten ab, die vom Verbrennen von Plastikmüll über den Gebrauch von Innen- und Außenraumchemikalien reichten, die sich in den Körpern von Kindern anreicherten.

Neun Beiträge gab es in dieser Sitzung, darunter eine durch einen Minister und fünf durch andere Delegationsmitglieder aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, der Türkei und Ungarn, eine durch eine internationale Organisation, durch die Internationale Föderation des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds und durch die zwei NGO Mama-86 und die International Society of Doctors for the Environment (ISDE). Das wichtigste Thema war die Notwendigkeit einer stärkeren Berücksichtigung dieses umweltbedingten Risikofaktors. Verschiedene Haushaltserhebungen wurden von einzelnen Mitgliedstaaten vorgestellt, doch allgemeine Schlussfolgerungen und Empfehlungen beherrschten die Erörterung. Es sei notwendig gegen alle Formen des gesundheitsschädlichen Wohnens gezielt vorzugehen, indem die versteckten Risiken von den Chemikalien bis zu den Unfällen aufgegriffen würden.

Sitzung 5 – Instrumente für die Politik – Auf dem Weg zu einem Informationssystem als Entscheidungshilfe für Umwelt- und Gesundheitsfragen in Europa

Diese Sitzung wurde stellvertretend gemeinsam von Herrn Pieter van Geel, Staatssekretär im niederländischen Ministerium für Wohnungsbau, Raumplanung und Umwelt, vom bulgarischen Gesundheitsminister Herrn Slavcho Bogoev sowie Dr. Fernando Zamata Contada, Gesundheitsstaatssekretär im spanischen Ministerium für Gesundheit und Verbraucherangelegenheiten geleitet.

Professor Göran Pershagen, Leiter des Instituts für Umweltmedizin beim schwedischen Karolinska-Institut führte in das Thema ein. Der Hauptredebeitrag kam von Dr. Jacqueline McGlade, Exekutivdirektorin der Europäischen Umweltagentur (EUA).

Professor Pershagen erklärte die Rolle von Indikatoren für die Entscheidungsfindung. Er nannte verschiedene Beispiele dafür, wie Erkrankungen durch die Verwendung geeigneter Indikatoren auf umweltbezogene Risikofaktoren wie Luftverschmutzung und Lärm zurückgeführt worden seien. Professor Pershagen betonte, dass die Entwicklung neuer Konzepte und Leitlinien in den

Ländern der Europäischen Union (EU) geholfen habe, negative umweltbedingte Gesundheitsschäden durch Forschungs- und Kapazitätsausbauprogramme zu vermindern. Er schloss mit einem Appell nach stärkerer Berücksichtigung dieser Faktoren im kommenden siebten Rahmenprogramm.

Dr. McGlade sprach von einem „Großversuch“ mit der Gesundheit der Kinder und von der Notwendigkeit der engmaschigen Überwachung. Sie betonte das fehlende Wissen über die Folgen unserer wirtschaftlichen Aktivitäten für die Gesundheit unserer Kinder und hob die Wichtigkeit des Aufbaus von Wissen über die Wirksamkeit verschiedener Konzepte hervor. Der wirtschaftliche Gesamtnutzen der Maßnahmen gegen Umweltschadstoffe sei nicht zu unterschätzen, auch wenn keine genauen Zahlen vorlägen, so sei er erheblich. Sie empfahl abschließend dringend Informationen und Daten zu sammeln, die nicht entdeckte Verbindungen belegen, als Frühwarnung dienen und den politischen Akteuren helfen würden, die richtigen Entscheidungen zu treffen, um Gesundheitsgefahren zu vermeiden und Kostenvorteile für Gesundheit und Erziehung zu erkennen.

Zehn Beiträge kamen während dieser Sitzung aus dem Saal. Zwei davon von Ministern, sechs von sonstigen Delegationsmitgliedern aus Albanien, Belgien, Dänemark, Litauen, Polen, der Türkei, Ungarn und Weißrussland und zwei von NGO: der European Public Health Alliance und der International Confederation of Free Trade Unions (ICFTU). Die Redner bezogen sich auf die für Politikgestaltung erforderliche Einschätzung der Lage. In der Londoner Konferenzklärung sei die Schaffung und Stärkung von Informationssystemen gefordert und Ziele zur Sicherung der Erforschung von Umweltveränderungen und deren Einfluss auf die menschliche Gesundheit seien unterstützt worden. Berichte müssten vervollständigt werden, um den politischen Entscheidungsprozess zu unterstützen. Ein Informationssystem wurde auch als ein wichtiges Kommunikationsmittel betrachtet. Die Mitgliedstaaten bekräftigten ihre Verpflichtung zu dem vorgeschlagenen Umwelt- und Gesundheitsinformationssystem und zur daraus hervorgehenden Erarbeitung von Indikatoren.

Sitzung 6 – Instrumente für die Politik – Mit der Ungewissheit umgehen: Kann das Vorsorgeprinzip die Zukunft unserer Kinder schützen helfen?

Diese Sitzung leiteten stellvertretend gemeinsam Herr Thierry Detienne, belgischer Regionalminister für Soziales und Gesundheit, und Frau Lena Sommestad, schwedische Umweltministerin.

Dr. Philippe Grandjean, Professor und Leiter der Abteilung für Umweltmedizin an der Süddänischen Universität führte in das Thema ein. Dr. Grandjean erklärte die Grenzen wissenschaftlicher Beweisführung, die weiterhin bestehenden Unsicherheiten und den Einfluss solcher Unsicherheiten auf die getroffenen Entscheidungen und damit die Gesundheit. Er erklärte auch, wie und warum sich aus dem Scheitern in der Vergangenheit Lehren ziehen lassen und wie in der Zukunft mit ähnlichen wissenschaftlichen Ungewissheiten umgegangen werden sollte. Er hob hervor, dass sich die Forschung nur sehr langsam vorwärts bewege, hauptsächlich, weil die Wechselwirkungen zwischen Umwelt und Gesundheit aufgrund ihrer Zahl und aufgrund der nichtspezifischen Ergebnisse so komplex seien. Darüber hinaus würden die methodischen Probleme bei der Bewertung dieser Wechselwirkungen erst jetzt geklärt und man beginne gerade, die Verbindungen zwischen Umwelt und Gesundheit zu verstehen. Es gebe immer noch eine Tendenz zu falschen Verknüpfungen und ein Versagen beim Erkennen der tatsächlichen Zusammenhänge. Dr. Grandjean bezog sich auf die Arbeit der EUA und insbesondere darauf, wie sie die fehlende Aufmerksamkeit gegenüber vergangenen Erfahrungen dokumentiert hätte, z. B. im Fall

von Asbest. Er betonte, dass aus solchen Fehlschlägen Lehren zu ziehen seien. Im Fall der Bleibelastung und ihrer Folgen für die Kinder gebe es immer noch ein ernstes Problem durch verbleites Benzin. Diese Additive würden immer noch exportiert, doch die Sicherheitsgrenzen würden verschärft, je mehr Erkenntnisse vorlägen. Neue Schadstoffe wie Phthalate würden durch weniger Veröffentlichungen aufgegriffen und seien auch ein potenzielles Problem. Die Europäische Union habe im Bereich der Chemikalien einige Änderungen bewirkt, es gebe jedoch bei älteren Chemikalien noch viel zu tun.

Dr. Grandjean verglich die Umwelteinflüsse auf die Gesundheit von Kindern mit einem Eisberg. Die Wissenschaftler seien jetzt damit beschäftigt herauszufinden, wie viel unter der Oberfläche verborgen ist, während bestimmte Interessengruppen leider versuchten, selbst die Spitze zu verbergen, wie sich jetzt beim Passivrauchen zeige. Er erwähnte die Notwendigkeit besser organisierter integrierter Bemühungen innerhalb der Länder und dass Institute für Umweltmedizin hierbei nützlich wären, dass aber leider die meisten Länder kein solches besäßen. Darüber hinaus zeigte er, warum und wie das Vorsorgeprinzip ein wichtiger Bestandteil der Entscheidungsfindung sei, das die bis heute durchgeführten förmlichen Risikobewertungen gut ergänzen könne. Es sei wichtig, das Vorsorgeprinzip sorgfältig und zusammenhängend anzuwenden, da es Handlung ermögliche, wenn endgültige Beweise fehlten, der Schaden jedoch besonders groß sein könne. Er machte dann Empfehlungen, wie dies zu erreichen sei. Die Einbeziehung der Beteiligten und Transparenz seien ebenso notwendig, wie die komplette Erkundung des Eisbergs. Eine vernünftige Deutung aller wissenschaftlichen Ergebnisse sowie bessere Übergänge zwischen Wissenschaft und Entscheidungsfindung seien im Bereich Umwelt und Gesundheit von Kindern erforderlich.

Aus dem Saal kamen während dieser Sitzung 16 Beiträge. 11 kamen von Mitgliedstaaten (Andorra, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Österreich, Portugal, Schweiz, Türkei, Usbekistan und Zypern), darunter drei Minister, EUA und UNICEF, der Delegation vom Healthy Planet Forum, ISDE und dem Weltwirtschaftsrat für Nachhaltige Entwicklung (WBCSD). Die wichtigsten angesprochenen Punkte bezogen sich auf die Notwendigkeit, das Vorsorgeprinzip als Instrument der Politikgestaltung zu verwenden. Die Mitteilung der Europäischen Kommission zum Vorsorgeprinzip und zur Entwicklung seiner Anwendung in Europa in den vergangenen Jahren wurde von mehreren Mitgliedstaaten zur Sprache gebracht. Bei der komplexen und spezifischen Art der Gesundheitsrisiken für Kinder sei die Anwendung des Vorsorgeprinzips extrem wichtig und sollte mit angemessenen wissenschaftlichen Untersuchungen, Informationssystemen und Konzepten verbunden werden. Die Mitgliedstaaten betonten, dass bei Kindern das Wissen über die Auswirkungen von Umweltfaktoren weniger vollständig sei als bei Erwachsenen und dass dabei Kinder gegenüber einer Reihe von Risikofaktoren empfänglicher seien. Das Instrument sei daher für den Schutz der Zukunft der Kinder sogar noch nützlicher.

Finnland drückte Bedenken wegen des möglichen Missbrauchs beim Einsatz des Vorsorgeprinzips aus, dagegen riefen mehrere andere Delegationen nach verstärkter Arbeit an dem Prinzip und nach seinem verstärkten Einsatz. Viele Delegationen bekundeten starke Unterstützung für die Entwicklung von Leitlinien zur Anwendung des Prinzips, für einen einheitlichen Rahmen und für gute Kriterien, die seine angemessene Anwendung sichern würden. Mehrere Mitgliedstaaten nannten deutliche Beispiele, wie das Prinzip eingesetzt worden war und betonten die Bedeutung des Austausches von Erfahrungen und vorbildlichen Praktiken. Es sei auch wichtig aus der Nichtanwendung des Prinzips in der Vergangenheit zu lernen, wenn es hätte angewendet werden sollen. Weitere Arbeit an der wissenschaftlichen Erkenntnis und an Instrumenten sei ebenfalls wichtig, ebenso die Zusammenarbeit vor Ort. Viele Redner nannten die Bedeutung von Demokratie und Transparenz und ebenso die Sicherung der Beteiligung aller Akteure am

Entscheidungsprozess. Praktische Arbeit sei erforderlich, um die Fähigkeit zum Erkennen und zur Nutzung früher Warnungen vor Risiken zu verbessern. Dazu gehöre auch die Schaffung neuer Datensätze und weiterer Forschung, um die Wissenslücken zu schließen.

Programmatische Ansprache durch Frau Margot Wallström

Dr. Miklós Persányi, ungarischer Minister für Umwelt und Wasser, bat Frau Margot Wallström, Europäische Umweltkommissarin darum, das Wort an die Versammlung zu richten.

Frau Wallström sprach davon, dass eine gesundheitsförderliche Umwelt nicht ein Privileg, sondern ein Grundrecht der Menschen sein müsse. Kinder und junge Menschen seien zentral für nachhaltige Entwicklung und natürliche Alliierte bei der Schaffung eines gesünderen Europa. Sie seien die Generation, die in der Zukunft die Verantwortung für die Bewältigung von Umweltproblemen zu tragen habe, die die heutige Welt zurücklasse. Sie betonte, dass sie auch gegenüber den Gefahren durch die Verschmutzung am stärksten ausgesetzt seien und dass dies, zusammen mit ihrem Einfluss auf Erwachsene, bedeute, dass sie nicht nur Opfer der Umweltprobleme, sondern auch Botschafter einer gesunden Umwelt für alle seien.

Frau Wallström betonte, dass in 30 Jahren europäischer Umweltpolitik, in Jahrzehnten der Bemühungen durch Mitgliedstaaten und internationale Initiativen wie die Budapester Konferenz bereits viel getan worden sei, um die Gesundheitsrisiken zu reduzieren. Sie sprach von der Europäischen Strategie für Umwelt und Gesundheit, die die Kommission gerade zwei Wochen zuvor angenommen habe und auch von der SCALE-Initiative zur Reduzierung von Erkrankungen in Verbindung mit Umweltfaktoren. Sie drängte die Politiker zu Mut, Engagement und Führung bei der Entscheidung, welche Maßnahme sinnvoll sei. Der Europäische Aktionsplan sei der Beitrag der EU zur Budapester Konferenz und würde als gemeinsame Plattform für die kommenden Jahre dienen. Um die Umsetzung der vorrangigen Ziele der Region aus dem CEHAPE zu erreichen, sei es wichtig eine Zusammenarbeit mit anderen Partnern, darunter die WHO und die Zivilgesellschaft, zu erreichen. Obwohl die Umweltprobleme nicht einfach zu lösen seien, markiere die Konferenz doch einen wichtigen Prozess, der in den kommenden Jahren so praktisch wie möglich fortentwickelt werden müsse, um eine gesündere Zukunft für unsere Kinder und unsere Gesellschaft insgesamt zu sichern.

Sitzung 7 – Aktionsplan zur Verbesserung von Umwelt und Gesundheit der Kinder in der Europäischen Region der WHO

Diese Sitzung wurde stellvertretend gemeinsam von Dr. Norayr Davidyan, dem armenischen Gesundheitsminister, und Herrn Josef Pröll, dem österreichischen Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, geleitet. Frau Berglind Asgeirsdottir, stellvertretende Generalsekretärin der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), lieferte den Hauptredebeitrag.

In ihrer Präsentation hob Frau Asgeirsdottir hervor, wie die OECD dabei helfe, die Auswirkungen umweltbedingter Risikofaktoren auf die Gesundheit zu vermindern. Sie arbeite mit den wirtschaftlichen Aspekten, die besonders mit der Gesundheit von Kindern verbunden seien, weil Politiker immer eine Kosten-Nutzen-Analyse der vorgeschlagenen Politikoptionen sehen wollten. Die gegenwärtig von der OECD entwickelten wirtschaftlichen Bewertungsmethoden würden die Unterschiede zwischen Erwachsenen und Kindern besser aufzeigen. Frau Asgeirsdottir bezog sich auch auf die Erfolge der Tagung der Umweltminister im April 2004, bei der die OECD ausdrücklich aufgefordert worden war, die Kosten der Untätigkeit gegenüber den Herausforderungen

im Bereich Umwelt zu berechnen, darunter auch die gesundheitlichen Folgen. Dies, betonte sei, wäre ein erheblicher Beitrag zur Umsetzung des CEHAPE.

In dieser Sitzung gab es 17 Beiträge aus dem Plenum, davon kamen 13 von Ministern und sonstigen Länderdelegationsmitgliedern (Island, Irland, Italien, Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Usbekistan und Zypern). Weitere Anmerkungen kamen von der Internationalen Föderation des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds, der ICFTU, dem International Council for Local Environment Initiatives und von Earth Forever Bulgaria. Die Redner begrüßten hauptsächlich das CEHAPE als eine praktische, handlungsorientierte und nach Dringlichkeit geordnete Verpflichtung. Viele von ihnen nannten Wege, wie ihre Länder die Themen im Bereich Umwelt und Gesundheit von Kindern aufgriffen. Sowohl Irland als auch Norwegen unterstrichen die Notwendigkeit der Beteiligung von Jugendlichen an der Umsetzung des CEHAPE auf internationaler und nationaler Ebene. Italien betonte dagegen die notwendige Zusammenarbeit und Solidarität zwischen den Ländern ebenso wie die Hilfe internationaler Organisationen zur Unterstützung der Bemühungen jener Länder, die den größten Teil der umweltbedingten Last trügen. Schweden brachte die Geschlechterthematik und den Bedarf nach einem Aufgreifen der Probleme der am stärksten benachteiligten und gefährdetsten Bevölkerungsgruppen in die Debatte ein. Außerdem müsse Chemikalien mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Italien forderte eine fortgesetzte Beteiligung des Regionalen Umweltzentrums für Mittel- und Osteuropa am Europäischen Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und bei der Umsetzung des CEHAPE.

Sitzung 8 – Sonderversammlung mit Ministern und Bürgergruppenvertretern über die Umsetzung von Gesundheits- und Umweltpolitik: Wirksame Konzepte, praktische Instrumente und funktionierende Partnerschaften zum Schutz der Gesundheit unserer Kinder

Diese Sitzung wurde vom irischen Minister für Gesundheit und Kinder, Herrn Micheál Martin, geleitet und moderiert. Ihm standen stellvertretend Frau Sascha Gabizon vom ECO-Forum und Frau Genon Jensen von der European Public Health Alliance zur Seite.

Der Vorsitzende erläuterte die Podiumsdiskussion und wie diese Sitzung die anwesenden Minister und Delegationen dazu motivieren sollte, die Verpflichtungen der Konferenz ernst zu nehmen. Herr Martin stellte die Mitglieder der ersten Podiumsrunde vor, bevor er den Präsidenten und den Berichterstatter des am Vortage abgehaltenen Jugendparlamentes² bat, einen Bericht über ihre Aktivitäten abzulegen. Der Präsident erläuterte die Arbeit und die Beratungen des Tages, der Berichterstatter und die im Saal anwesenden jungen Leute erklärten die Höhepunkte der Erklärung der Jugend. Es wurde betont, dass Gesundheit nicht verhandelbar sei und dass jede Person das Recht auf den Genuss einer gesünderen Umwelt habe. Es sei deutlich, dass Kosten entstehen würden, wenn nicht unmittelbar gehandelt würde. Daher fordere die Erklärung der Jugend

² Am 23. Juni 2004 kamen 100 junge Menschen aus ganz Europa in Budapest zu einem Jugendparlament zusammen. Ungarische Jugendvertreter, Mitglieder der Umweltjugendgruppe Tunza des UNEP und Jugenddelegierte der offiziellen Länderdelegationen waren daran beteiligt. Sie erörterten den Aktionsplan zur Verbesserung von Umwelt und Gesundheit der Kinder in der Europäischen Region der WHO (CEHAPE) und einigten sich auf eine Erklärung der Jugend, die der Konferenz vorgelegt wurde. Das Jugendparlament wurde gemeinschaftlich vom ungarischen Ministerium für Gesundheit, Soziales und Familie, vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und vom WHO-Regionalbüro für Europa organisiert.

die Mitgliedstaaten zum sofortigen Handeln auf. Drei Hauptthemen würden durch die Erklärung der Jugend beleuchtet:

- Es gebe die Notwendigkeit zu größerer politischer Entschlossenheit.
- Der CEHAPE müsse durch Zeitvorgaben unterstützt werden und der Maßnahmenkatalog müsse ein integrierter Teil des Dokuments werden. Zu den vorrangigen Gebieten zählten Lebensmittelsicherheit und -qualität mit regelmäßiger Überwachung der Ernährungsstandards, verminderte Luftverschmutzung und mehr offene Flächen sowie alternative Formen sauberen und nachhaltigen Verkehrs, Zugang zu reinem Wasser und Verminderung des verschwenderischen Wasserverbrauchs, Einführung starker Politiken gegen Tabak und Alkohol, insbesondere die Umsetzung eines langfristigen Rauchverbots und mehr Aufklärung und bessere Präventions- und Gesundheitsförderungsprogramme, die die Themen Alkohol, Drogen und Tabak aufgriffen.
- Es sei wichtig, die Beteiligung junger Menschen an allen künftigen Politik- und Entscheidungsprozessen von Anbeginn des Prozesses sicherzustellen. Diese könne getan werden, indem mehr junge Menschen in die Delegationen aufgenommen würden, u. a. auch ein Jugendvertreter in den Europäischen Ausschuss für Umwelt und Gesundheit, und indem die Regierungen sicherstellten, dass Planung, Gestaltung, Umsetzung und Handlung jeder Politik das Recht der jungen Menschen im ganzen Prozess respektiere.

Zusammenfassend erinnerte der Berichterstatter des Jugendparlaments die Anwesenden daran, dass junge Menschen nicht nur die Entscheidungsträger von morgen, sondern auch von heute seien. Sie machten heute einen Unterschied aus und wollten mit Hingabe arbeiten, um eine nachhaltige Welt sicherzustellen, in der jeder leben könne.

Das Thema der ersten Podiumsrunde war: „Reduzierung der Chemikalien in der Gesellschaft und Verbesserung des Zugangs zu bezahlbarem Wasser: Bedeutung für die Gesundheit von Kindern.“ Die Runde wurde gebeten die vorrangigen Ziele 1 und 4 der Region aus dem CEHAPE anzusprechen und die besondere Rolle und Verantwortung aufzuzeigen, die sie jeweils bei der Verminderung von Chemikalien und der Aufklärung der Öffentlichkeit hätten, und wie die Regierungen nationale Gesetzgebung dazu benutzt hätten, schädliche Folgen der Chemikalien zu mindern.

Die Teilnehmer der ersten Podiumsrunde waren:

- Dr. Recep Akdağ, türkischer Gesundheitsminister
- Herr Hans Christian Schmidt, dänischer Umweltminister
- Herr László Miklós, slowakischer Umweltminister
- Frau Karolina Ruzickova, Gesundheitsversorgung ohne Schaden, Tschechische Republik
- Frau Estefania Blount, Instituto Sindical de Trabajo, Spanien
- Dr. Mihaela Vasilescu, rumänisches Public-Health-Institut
- Prof. Dominique Belpomme, Präsident der Krebsforschungsgesellschaft ARTAC, Frankreich
- Frau Ingrid Schullstrom, Hennes & Mauritz, Schweden.

Nach der Podiumsdiskussion bestand Gelegenheit zu Anmerkungen und Fragen aus dem Saal. Einige der von jungen Menschen im Publikum gestellten Fragen folgen hier:

- Was machen Sie, um den freien Zugang zu Gesundheitsdiensten für junge Menschen sicherzustellen? – junge Person aus Dänemark.
- Wie können Sie Zeitvorgaben aus dem CEHAPE entfernen, und es dennoch einen Aktionsplan nennen? – junge Person aus Ungarn.
- Welche Art von Maßnahmen nennt der Plan, um externe und gesellschaftliche Kosten einzubeziehen? – junge Person aus der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien
- Wie wollen Sie die lokalen Komitees bei der Umsetzung der nationalen Aktionspläne zur Verbesserung der Umwelt und Gesundheit der Kinder einbeziehen? – junge Person aus der Türkei.

Die Fragen wurden von den drei teilnehmenden Ministern und dem Vorsitzenden beantwortet.

Die zweite Podiumsrunde beschäftigte sich mit den vorrangigen Zielen 2 und 3 der Region aus dem CEHAPE. Die Sitzung stand unter dem Motto „Reinere Luft und eine sichere städtische Umwelt zur Förderung der Gesundheit von Kindern“. Die Diskussion konzentrierte sich auf Beispiele der Gesetzgebung, Aus- und Fortbildung, die dazu beitragen, die Luftgüte in Innenräumen und draußen zu verbessern und die städtische Umwelt sicherer zu machen und reicher an Gelegenheiten zur körperlichen Betätigung für Kinder. Die Podiumsteilnehmer waren:

- Herr Micheál Martin, irischer Minister für Gesundheit und Kinder
- Frau Fathme Iliaz, stellvertretende Ministerin für Umwelt und Wasser, Bulgarien
- Herr Constantin Mihailescu, Minister für Ökologie und Natürliche Ressourcen, Republik Moldau
- Dr. Jozica Maucec Zakotnik, Staatssekretär für Public Health, Slowenien
- Frau Svetlana Slesarenok, Mama-86, Ukraine
- Frau Maryse Lehnens, International Baby Food Action Network (IBFAN), Luxemburg
- Frau Silvia Hesse, Leiterin des Agenda-21-Büros Hannover, Deutschland
- Dr. Catherine Boulland, Institut bruxellois pour le gestion de l'environnement, Belgien.

Medienpreise

Die Medienpreise waren auf der Ministeriellen Konferenz in London 1999 eingeführt worden und hatten sich als hervorragende Möglichkeit erwiesen, Filme im Bereich Umwelt und Gesundheit anzuregen und anzuerkennen. Die meisten Menschen vertrauten bei ihrem Verständnis der Welt und beim Wissen über Gesundheit und Umwelt auf das Fernsehen. Kommunikation sei daher wesentlich für politische Akteure, die bei Themen im Bereich Umwelt und Gesundheit Fortschritte machen wollten. Das Preisthema dieser Konferenz war „Die Zukunft unseren Kindern“ und die Preise wurden an Filme vergeben, die den Schutz der Kinder vor Umweltgefahren thematisierten.

Die Preise wurden in drei Kategorien vergeben – öffentliche Bekanntmachungen, Dokumentarfilme und Programmierung durch oder für junge Menschen. Es hatte 116 Bewerber gegeben, eine internationale Jury aus Filmfachleuten war für die Auswahl der Finalisten einberufen worden. Einige der Bewerber waren bereits während der Konferenz gezeigt worden, ein achtminütiger Zusammenschnitt wurde während der Sitzung zur Erinnerung an die an der Endausscheidung teilnehmenden Beiträge gezeigt.

Dr. Marc Danzon, WHO-Regionaldirektor für Europa, händigte folgenden Siegern die Urkunden aus:

- Herrn Cees Meijer für das „witzigste Amateurvideo“ durch das Institut für Verbraucherschutz der Niederlande.
- Television Trust for the Environment in the United Kingdom für den Beitrag „Chemical safety in a vulnerable world“ für das zwischenstaatliche Forum für Chemiesicherheit.
- Lyle Bailie International im Vereinigten Königreich für den Beitrag „Home“, Teil einer Öffentlichkeitskampagne für Verkehrssicherheit durch den National Safety Council und das nordirische Umweltministerium.
- Zentralbüro für Information, Ministerium für natürliche Ressourcen, Russische Föderation für den Beitrag „Die Mode der Zukunft: denk' heute dran“.
- Studenten des Zentrums für Massenmedien der Kirgisisch-Russisch-Slawischen Universität, Kirgisistan, für „Passivrauchen“.
- Grünes Studio, Ukraine für den Beitrag „In solch einer Ukraine wollen wir nicht leben“.

Die beiden Gewinner in der Rubrik öffentliche Bekanntmachungen waren:

- Die NGO Verlässliche Zukunft, Aserbaidshan, für die nationale Kampagne „Schließ kein Kind aus“ mit Unterstützung des UNICEF-Büros Aserbaidshan.
- Die Tabaksbekämpfungskampagne des Gesundheitsministeriums des Vereinigten Königreichs für den Beitrag „Rauchen in der Nähe von Kindern“.

Diese Preise wurden von Herrn Ragim Gafarov und von Frau Melanie Johnson, Public-Health-Ministerin des Vereinigten Königreichs, entgegengenommen.

In der Kategorie Dokumentarfilm ging der Preis an den Beitrag „Jodmangel in der Ukraine – die verborgene Gefahr“ von TV Studiya Plus, Ukraine. Frau Alla Andranova nahm den Preis im Namen des Studios entgegen.

In der Kategorie junge Menschen gewann der Beitrag „Der schlechte Geruch“ aus Finnland, den der Kindergarten Westtesoma mit dem Pirkanmaa-Filmzentrum gemacht hatte. Die achtjährige Emilia Lindroos nahm den Preis im Namen des Kindergartens entgegen.

Ein Anerkennungspreis ging an Duna TV aus Ungarn für den Kurzfilm „Freunde eines Bachs namens Freund“, bei dem Katalin Macskassy die Regie führte.

Sitzung 9 – Extremes Wetter und Gesundheit

Diese Sitzung wurde stellvertretend gemeinsam von dem französischen Forschungsminister Francois d'Aubert und dem isländischen Gesundheitsminister Dr. Jon Kristjansson geleitet. Professor Andrew Haines von der London School of Hygiene und Tropical Medicine führte in das Thema ein. Dr. Miklós Persányi, ungarischer Minister für Umwelt und Wasser, und Herr Frits Schlingemann, Leiter und Regionaler Repräsentant des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) hielten programmatische Ansprachen.

Professor Andrew Haines sprach über extremes Wetter und Gesundheit in Europa. Er erläuterte, wie Klimawandel und Klimaschwankungen sich auf die Gesundheit auswirkten. Er zeigte eine

Übersicht der seit 1976 in Europa verzeichneten gestiegenen Temperaturen und verglich diese Statistik mit Gesundheitsdaten wie Sterblichkeit und besonders dem Anstieg der Sterberaten während der Hitzewellen im Jahr 2003. Die Risikofaktoren, die zu den hitzebezogenen Todesfällen beigetragen hatten, und die Interventionen, die sie hätten verhindern können, u. a. ein Hitzewellenwarnsystem wurden beschrieben. Überschwemmungen seien in jüngster Zeit ebenfalls vermehrt zu verzeichnen gewesen. Die Auswirkungen von Überschwemmungen auf Gesundheit und psychische Gesundheit wurden gezeigt und Empfehlungen zur Verminderung der mit ihnen verbundenen Gesundheitsrisiken gemacht. Professor Haines ging auch auf mögliche Zukunftsszenarien ein und schloss, indem er die Notwendigkeit besserer Bereitschaft durch mehr Zusammenarbeit und ausgeweitete Überwachung und Beobachtung sowie eine angemessene Auswertung von Warnsystemen betonte, damit Unsicherheiten und Überraschungen sich vermeiden ließen.

Dr. Miklós Persányi forderte in seiner Rede mehr Aufmerksamkeit für die Änderungen in unserer Umwelt als Folge menschlicher Aktivitäten. Als Politiker fühle er sich in der Verantwortung einen politischen Impuls zu fordern, damit solche Änderungen verhindert würden. Er bezog sich insbesondere auf den Ozonabbau und das 1992 verabschiedete Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen. Er erinnerte das Publikum auch daran, dass potenziell schädliche Wirkungen seit den 1990er Jahren regelmäßig hervorgehoben worden seien und so zur Londoner Konferenz 1999 geführt hätten, damit das Thema als vordringlich behandelt werde und eine Erklärung klare Empfehlungen ausgesprochen werde. Als gegenwärtiger Präsident des Leitungsgremiums für das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen fühle er sich persönlich verantwortlich, Bemühungen um eine Verminderung des globalen Schadstoffausstoßes zu fördern und mehr Gewicht auf Anpassungsmaßnahmen zu legen. Er berichtete ferner über die ungarischen Erfahrungen der letzten Jahre und zitierte Gesundheitsstatistiken, die direkt mit den Hitzewellen der vergangenen Jahre in Verbindung standen. Neben einer Zunahme bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen gebe es einen Anstieg von Asthma als Folge des veränderten Blühverhaltens einer allergene Pollen produzierenden Pflanze – des sich stark ausbreitenden Beifußblättrigen Traubenkrauts. Der Minister schloss seine Rede mit dem Aufruf, menschliche Anpassungsmaßnahmen zu fördern, mehr zu forschen und mittel- und langfristige Aktionspläne zu erstellen.

Herr Frits Schlingemann merkte an, dass die Hitzewellen 2003 im scharfen Gegensatz zu den heftigen Regenfällen 2002 standen und dass dies daran gemahne, den Klimawandel als Priorität anzusehen, und dass dies die Relevanz der Konferenz unterstreiche. Herr Schlingemann versicherte den Anwesenden, dass UNEP durch seinen Exekutivdirektor zur Bewältigung dieser Priorität entschlossen sei. Die Statistiken seien dramatisch: Im Jahr 2001 habe ein UNEP-Bericht Klimaänderungen vorausberechnet in Form von mehr Niederschlag, mehr Hitzewellen und mehr Dürreperioden. Alle Formen brächten potenzielle Auswirkungen auf die Gesundheit mit sich. Die Anzahl der Ereignisse nehme zu und habe sich in den 1990er Jahren gegenüber den vorangegangenen Jahrzehnten verdoppelt. Es gebe auch eine schrittweise und stetige Ausbreitung von Krankheiten als Folge des Klimawandels, wie die Nordwärtsausbreitung der durch Zecken übertragenen Lyme-Krankheit aufgrund des mildereren Klimas. Leptospirose werde ebenfalls in Verbindung mit Überschwemmungen gesehen, Ausbrüche seien 2002 in der Ukraine und in der Tschechischen Republik gemeldet worden. Die Zunahme der Sterblichkeit im Sommer werde voraussichtlich bis 2050 um ein Vielfaches steigen, insbesondere in den Städten der Industrieländer. Die für 1990 mit 10 Milliarden Euro veranschlagten wirtschaftlichen Schäden durch extremes Wetter seien ebenfalls relevant. Das Thema wecke in der Versicherungsbranche zunehmend Besorgnis. Seit 1997 habe sie vier der fünf Jahre mit den größten wirtschaftlichen Verlusten zu verkraften gehabt. Herr Schlingemann betonte, dass es genug Wissen gebe, um

Veränderungen zu bewirken. Nicht sämtliche für alle Beteiligten vorteilhaften Szenarien und kostenlosen Lösungen seien vollkommen ausgenutzt worden und bei wachsendem Verständnis des Problems und wirksamerer Bewusstseinsbildung sei es jetzt wichtig, die Entscheidungsträger mit den richtigen Instrumenten zu versehen. Im Kaukasus und in Zentralasien gebe es immer noch die Notwendigkeit Überschwemmungen, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zu hantieren. Hier könnten die Prozesse Umwelt für Europa und Umwelt und Gesundheit gemeinsam ihren wahren Wert zeigen. Abschließend erläuterte Herr Schlingemann, dass junge Menschen ihre Rolle diskutierten – wie sie bei der Umsetzung der Grundsätze auf nationaler Ebene helfen könnten. Sie verlangten, dass die Politiker ihr Recht auf eine saubere und gesunde Umwelt bewahrten. Die jungen Menschen und Bürger Europas erwarteten Handlung und es sei wichtig, dass die Anwesenden dieser Erwartung gerecht würden.

Während dieser Sitzung wurden neun Redebeiträge gemacht, sechs kamen von Mitgliedstaaten (Georgien, Italien, Portugal, Republik Moldau, Schweiz und Türkei), vier davon von Ministern. Zwei Anmerkungen kamen von internationalen Organisationen (EUA und Weltorganisation für Meteorologie) und eine von einer NGO (dem Regionalen Umweltzentrum für Zentralasien, CAREC). Viele Redner nahmen Bezug auf die Erwartungen ihres eigenen Landes. Alle riefen zu multidisziplinärem Handeln zur Entschärfung der Folgen extremen Wetters auf. Redner bezogen sich auf die internationale Initiative zur Erarbeitung eines zehnjährigen Plans zur Umsetzung eines umfassenden, koordinierten und nachhaltigen Observationssystems der Erde, das die Menschheit sicherer stellen würde, indem es das Verständnis des gesamten Globus verbessern würde und helfen würde, die Umwelt global besser zu schützen und nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Einige Mitgliedstaaten forderten von der WHO auch mehr Orientierung durch ihr Programm, das den Klimawandel aufgreife, und mehr internationale Zusammenarbeit zur Bewältigung der Gesundheitsgefahren, denen Europa sich gegenübersehe.

Die EUA führte aus, wie sie die Auswirkungen des Klimawandels überwache und auf die erhaltenen Daten reagiere. Man habe während der Waldbrände 2003 eine Zunahme des Internetverkehrs beobachtet, den man auf fehlende Informationen auf nationaler Ebene zurückführe. Dies zeige die Bedeutung aktueller lokaler Informationsangebote, insbesondere im Rahmen von Nothilfe, die die Länder in solchen Fällen anböten. Die Bedeutung von Modellrechnungen wurde ebenfalls betont, da diese für die Reaktion der Schutzorganisationen und Katastrophendienste maßgeblich seien. Es wurde dazu aufgefordert, das vorhandene Netz europäischer Umweltschutzorganisationen besser zu nutzen.

Programmatische Ansprache durch Herrn Pavel Telička

Dr. Miklós Persányi, ungarischer Minister für Umwelt und Wasser, führte in den Vortrag von Herrn Pavel Telička, Mitglied der Europäischen Kommission ein.

Herr Telička sprach über die Entschlossenheit der Europäischen Kommission, die klar in der Europäischen Strategie für Umwelt und Gesundheit und im Aktionsplan Umwelt und Gesundheit 2004–2010 zum Ausdruck komme. Beide böten einen umfassenden Rahmen, mithilfe dessen die Europäische Kommission Ziele und Aktivitäten unterstütze. Das internationale Element könne nicht mehr ignoriert werden. Fast die Hälfte der Mitgliedstaaten der Europäischen Region der WHO seien Mitglieder der Europäischen Union, weitere bewürben sich um Mitgliedschaft. Es müsse jedoch anerkannt werden, dass obwohl einige Politikfelder auf EU-Ebene behandelt würden, andere die einzelnen Mitgliedstaaten beträfen. Die Vorbereitung der Budapester Konferenz und seiner zwei verpflichtenden Dokumente sei intensiv gewesen. Die Europäische Kommission habe sowohl an der Vorbereitung der Konferenz als auch der Dokumente teilgenommen, um eine angemessene Koordinierung und Synergieeffekte zu erzielen und unnötige Doppelungen

zwischen Partnern zu vermeiden. Aus diesem Grund sei die Kommission zutiefst davon überzeugt, dass die Ziele der Arbeit letztlich erreicht worden seien und dass das Ergebnis ermutigend sei. Es sei allerdings wichtig, weiterhin die beiden Prozesse miteinander zu verbinden.

Mit Blick auf die nächsten Schritte wurde appelliert, die künftige Konferenzarbeit am wirklichen zusätzlichen Nutzen auszurichten. Es müsse bei der Umsetzung der Ziele der Budapester Konferenz in Handlung aufmerksam darauf geachtet werden, nicht von den Kernkompetenzen abzuweichen. Die Einbeziehung von Umwelt- und Gesundheitsüberlegungen in andere Politikbereiche sei eine offenkundige Notwendigkeit auf europäischer und auf nationaler Ebene. Es sei wichtig sich daran zu erinnern, gegen die regionalen Ungleichgewichte vorzugehen und dabei insbesondere die Bedürfnisse in Mittel- und Osteuropa zu berücksichtigen. Aus diesem Grund habe die Kommission ihre Politik der europäischen Nachbarschaft auf den Weg gebracht, um ein gemeinsames Verständnis und die Entwicklung von Aktionsplänen mit den betreffenden Staaten zu fördern. Es gebe auch die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit zwischen allen Parteien, um eine unnötige Überlappung der entwickelten Instrumente zu vermeiden, ein Beispiel hierfür sei das Umwelt- und Gesundheitsinformationssystem, das die Konferenz lanciere. Es gebe bereits Berichtspflichten gegenüber der Kommission und man müsse sorgfältig vorgehen, um eine angemessene Koordinierung der Meldemechanismen zu gewährleisten. Ein weiteres wichtiges Feld, das auch vom Europäischen Aktionsplan Umwelt und Gesundheit aufgegriffen werde, sei die Überwachung und Forschung, da hier weiterhin Einsichten geliefert würden, wie die konzeptionelle Entwicklung auf nationaler und internationaler Ebene verbessert werden könne. Ein Sorgenkind sei die Innenraumluftgüte und hier sei besonders das Passivrauchen als Problem zu nennen. Die Beteiligung aller Akteure am Aktionsplan werde helfen, ihre Belastung durch Passivrauchen zu vermindern und gesetzliche und gesundheitsförderliche Initiativen zu erkunden. Der Prozess in Richtung fünfter Konferenz werde einige Verbesserungen für Umwelt und Gesundheit mit sich bringen und der tatsächliche zusätzliche Nutzen für alle beteiligten Länder und Partner dürfe nicht übersehen werden. Herr Telička schloss, indem er den Anwesenden versicherte, dass die Europäische Kommission weiterhin dem Prozess verpflichtet bleibe.

Sitzung 10 – Konferenzerklärung

Diese Sitzung wurde gemeinsam vom ungarischen Minister für Umwelt und Wasser Dr. Miklós Persányi, der einige Schlussbemerkungen machte, und vom ungarischen Minister für Gesundheit, Soziales und Familie Dr. Mihály Kókény geleitet. Bevor Anmerkungen aus dem Saal zum CEHAPE und zur Konferenzerklärung entgegengenommen wurden, betonte der Gesundheitsminister, dass die Krankheitslast immer noch hoch und die Sicherung präventiver Maßnahmen wichtig seien. Dies würde nur geschehen, wenn die Ministerkollegen sich ernsthaft zur Umsetzung der Verpflichtungen aus der Budapester Konferenz entschlossen und nationale Aktionspläne daraufhin überprüft würden, kinderspezifische Aktionen sicherzustellen. Die Prioritäten für das Handeln seien über jeden Zweifel erhaben: Sicherung einer Verminderung der gegenwärtigen Krankheitslast durch den Klimawandel, verbesserte Arbeitsbedingungen und unmittelbares Handeln zur Erkennung der Auswirkungen von Chemikalien und dadurch zur Vermeidung weiterer chemischer Verschmutzung. Umwelt und Gesundheit müssten den Kern jeder Wohnungs- und Energiepolitik sein. Da Umweltgefahren keine Grenzen kennen würden, könnten Bemühungen auf nationaler Ebene außerdem nur erfolgreich sein, wenn sie für grenzüberschreitend gälten. Der Minister schloss mit seinen Erwartungen an die Folgekonferenz im Jahr 2009. Es werde dann wichtig sein zu überprüfen, was seit Budapest erreicht wurde. Er beendete seinen Beitrag, indem er die Anwesenden bat, die Konferenzerklärung anzunehmen.

Zwanzig Beiträge wurden während dieser Sitzung gemacht, darunter fünfzehn aus Mitgliedstaaten (Belgien, Bulgarien, Dänemark, Georgien, Irland, Italien, Kasachstan, Lettland, Litauen, Polen, Portugal, Schweiz, Tschechische Republik, Usbekistan und Zypern) und sieben hiervon durch Minister. UNEP und die Internationale Föderation des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds machten ebenfalls Anmerkungen und wurden gefolgt von der Delegation des Healthy Planet Forums, von ICFTU und WBCSD. Italien erbot sich, die Fünfte Ministerielle Konferenz Umwelt und Gesundheit im Jahr 2009 auszurichten. Der Beitrag Lettlands kam durch einen Jugenddelegierten und forderte die Mitgliedschaft einer jungen Person im Europäischen Ausschuss für Umwelt und Gesundheit, wie dies die Erklärung der Jugend gefordert habe. Dänemark unterstrich die Bedeutung der chemischen Belastung von Kindererzeugnissen und ermahnte zur Anwendung aller gesetzlichen Maßnahmen zur Gewährleistung der Kontrolle. Ein stärkerer Text wäre hier wünschenswert gewesen. Irland gratulierte abschließend im Namen der 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union und ermutigte zur weiteren Einbeziehung junger Menschen. Bulgarien forderte die Einrichtung einer CEHAPE-Arbeitsgruppe. Georgien regte an, die Zwischenbilanztagung im Jahr 2007 im Anschluss an die kommende ministerielle Konferenz Umwelt für Europa abzuhalten. Zypern unterstützte die Schaffung einer CEHAPE-Arbeitsgruppe und bot sich als Gastgeber der ersten Tagung an. Das WBCSD verpflichtete sich, eine aktive Rolle bei der Umsetzung des CEHAPE zu übernehmen.

Sitzung 11 – Annahme und Unterzeichnung von CEHAPE und Konferenzklärung

Die Sitzung markierte die Schließung der ministeriellen Konferenz durch eine symbolische Unterschriftszeremonie von Konferenzklärung und CEHAPE im Namen aller Mitgliedstaaten. Außerdem wurde die Erklärung der Jugend des Jugendparlaments vorgestellt und eine Unterstützungserklärung der Europäischen Kommission durch ihre Vertreter unterzeichnet. Die Sitzung wurde vom WHO-Regionaldirektor für Europa Dr. Marc Danzon, vom ungarischen Minister für Umwelt und Wasser Dr. Miklós Persányi und vom ungarischen Minister für Gesundheit, Soziales und Familie Dr. Mihály Kókényi gemeinsam geleitet.

Herr Jack Evans betonte als Vertreter des Jugendparlaments und Mitglied der irischen Delegation drei Hauptthemen aus der Erklärung der Jugend. Er forderte ausdrücklich die Mitgliedstaaten dazu auf, die bereits eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Er forderte auch energisch, dass der CEHAPE bis zur nächsten Konferenz ein gesetzlich verbindliches Dokument werden müsse. Eine aktive Beteiligung der Jugend sei entscheidend und er ermutigte junge Menschen dazu, sich auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene zu engagieren. Er betonte die Rolle junger Menschen bei dem Entwurf von Politiken und Plänen ebenso wie die Bedeutung ihrer Beteiligung bei der Umsetzungsphase auf nationaler wie auf internationaler Ebene. Er bat die Mitgliedstaaten sicherzustellen, dass ein Jugenddelegierter zum Kern des Europäischen Ausschusses für Umwelt und Gesundheit und zur vorgeschlagenen CEHAPE-Arbeitsgruppe gehöre. Im Namen aller anwesenden Jugendlichen forderte er die nationalen Delegationen auf, diesem Beispiel zu folgen und die aktive Beteiligung junger Menschen bei der nationalen Politikgestaltung zu sichern. Er versprach auch, dass sie sich aktiv an der Umsetzung der Konferenzverpflichtungen beteiligen würden. Er schloss mit den Worten, dass Gesundheit nicht verhandelbar, sondern ein Grundrecht sei. Herr Evans stellte fest, dass seine Unterschrift der Erklärung der Jugend nicht nur eine Aufforderung an die Minister darstelle, junge Menschen zu beteiligen, sondern auch ein Akt der Verpflichtung aller anwesenden Jugendlichen. Herr Evans unterzeichnete dann die Erklärung der Jugend.

Der Regionaldirektor bat dann Frau Margot Wallström, Europäische Umweltkommissarin und Herrn Pavel Telička, Mitglied der Europäischen Kommission, eine Unterstützungserklärung vorzulesen und in einem symbolischen Akt zu unterschreiben. Die Erklärung wurde von Frau Wallström vorgelesen und von beiden Vertretern der Kommission unterschrieben.

Der Regionaldirektor bat dann die beiden ungarischen Minister, die Erklärung und den CEHAFE im Namen aller Minister offiziell zu unterschreiben. Dr. Miklós Persányi, Dr. Marc Danzon und Dr. Mihály Kökény dankten in ihren abschließenden Worten allen Anwesenden und allen, die zum Erfolg der Konferenz beigetragen hätten. Danach erklärten sie die Konferenz offiziell für beendet.

Anhang 1

KONFERENZPROGRAMM

Mittwoch, 23. Juni 2004

- 08.00–09.15 Uhr Registrierung der Teilnehmer
- 09.15–10.30 Uhr **Eröffnungssitzung**
- 10.30–11.00 Uhr Kaffeepause
- 11.00–12.30 Uhr **Sitzung 1:**
a) **Die Lage von Umwelt und Gesundheit in Europa – eine Einschätzung** (Tagesordnungspunkt 2 c))
b) **Umsetzung der in der Erklärung von London enthaltenen Verpflichtungen – Bisher Erreichtes** (Tagesordnungspunkt 2 b))
- 12.30–14.30 Uhr Mittagspause
- 14.30–15.15 Uhr **Sitzung 2: Umsetzung der in der Erklärung von London enthaltenen Verpflichtungen – Bisher Erreichtes Ein Schaukasten guter Beispiele** (Tagesordnungspunkt 2 b))
(*Fortsetzung*)
- 15.15–16.30 Uhr **Sitzung 3: Einfluss und Zukunft des Prozesses Umwelt und Gesundheit in Europa** (Tagesordnungspunkt 2 a))
- 16.30–17.00 Uhr Kaffeepause
- 17.00–17.15 Uhr **Alán-Pintér-Preis**
- 17.15–18.30 Uhr **Sitzung 4: Wohnen und Gesundheit** (Tagesordnungspunkt 4 a))
- 20.00 Uhr Offizieller Empfang

Donnerstag, 24. Juni 2004

- 09.00–10.30 Uhr **Sitzung 5: Instrumente für die Politik – Auf dem Weg zu einem Informationssystem als Entscheidungshilfe für Umwelt- und Gesundheitsfragen in Europa** (Tagesordnungspunkt 3 a))
- 10.30–11.00 Uhr Kaffeepause
- 11.00–12.30 Uhr **Sitzung 6: Instrumente für die Politik – Mit der Ungewissheit umgehen: Kann das Vorsorgeprinzip die Zukunft unserer Kinder schützen helfen?** (Tagesordnungspunkt 3 b))
- 12.30–14.30 Uhr Mittagspause
- 14.30–14.45 Uhr **Ansprache von Frau Margot Wallström Europäische Kommissarin für Umwelt, Reaktorsicherheit und Zivilschutz**
- 14.45–16.00 Uhr **Sitzung 7: Aktionsplan zur Verbesserung von Umwelt und Gesundheit der Kinder in der Europäischen Region (CEHAPE)** (Tagesordnungspunkt 5 a)).
- 16.00–16.30 Uhr Kaffeepause
- 16.30–18.15 Uhr **Sitzung 8: Sonderveranstaltung mit Ministern und Bürgergruppenvertretern über die Umsetzung von Gesundheits- und Umweltpolitik: Wirksame Konzepte, praktische Instrumente und funktionierende Partnerschaften zum Schutz der Gesundheit unserer Kinder**
- 18.15–18.30 Uhr **Medienpreise**
- 20.00 Uhr Offizieller Empfang

Freitag, 25. Juni 2004

- 09.00–10.30 Uhr **Sitzung 9: Extremes Wetter und Gesundheit** (Tagesordnungspunkt 4 c))
- 10.30–11.00 Uhr Kaffeepause
- 11.00–11.15 Uhr **Ansprache durch Herrn Pavel Telička**, Beigeordneter Kommissar der Kommission für Gesundheit und Verbraucherschutz
- 11.15–12.30 Uhr **Sitzung 10: Konferenzklärung** (Tagesordnungspunkt 5 b))
- 12.30–13.30 Uhr **Sitzung 11: Annahme und Unterzeichnung von CEHAPE und Konferenzklärung** (Tagesordnungspunkt 5 c))
- 13.30–14.00 Uhr **Abschluss der Tagung**